

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #23/2012

30 Juni 2012

Die Fragen stellte Sarah Reinheimer aus Sacramento, Kalifornien, derzeit Wissenschaftliche Mitarbeiterin des „American Jewish Committee“ in Berlin.

Sarah Reinheimer:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche sind Sie dabei, wenn die „Atlantik-Brücke“ ihr 60-jähriges Bestehen feiert. Zwischen 1945 und dem Ende des Kalten Krieges lebten fast 16 Millionen Amerikaner in Deutschland. In den USA entstand dadurch ein sehr großes Wissen über Deutschland. Heute orientieren sich deutlich weniger Amerikaner in Richtung Deutschland und Europa. Was macht Deutschland, um für junge Amerikaner wieder interessanter zu werden – und damit sicherzustellen, dass die transatlantischen Beziehungen sehr eng bleiben?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ja, die Zeiten haben sich verändert: Mit der Deutschen Einheit, mit dem Ende des Kalten Krieges gibt es weniger Soldaten. Und deshalb müssen wir schauen, dass wir in anderen Bereichen mehr tun für den Austausch. Da ist zum einen, dass Hunderttausende Menschen in Amerika in deutschen Unternehmen arbeiten und auch viele Deutsche in amerikanischen Unternehmen – dadurch kennen wir uns natürlich schon etwas besser. Es gibt einen viel intensiveren Austausch von jungen Menschen zwischen den beiden Ländern. Und natürlich wollen wir auch politisch sehr eng zusammenarbeiten. Wir stehen in internationalen Einsätzen zusammen; amerikanische Soldaten sind heute in Afghanistan zum Beispiel sehr eng mit deutschen Soldaten zusammen. Also, es gibt Berührungspunkte, aber wir müssen schon darauf achten, dass die Beziehungen eng bleiben.

Die Integrationsdebatte ist in Deutschland durch kulturelle und religiöse Aspekte bestimmt, in den USA durch sozio-ökonomische und durch Sicherheitsfragen. Die Rechtslage ist auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich. Was können Deutschland und die USA voneinander lernen?

Ich glaube, dass die USA immer eine sehr intensive Politik gemacht haben – auch die, die in die USA eingewandert sind, sehr schnell als Amerikaner zu akzeptieren –, dass sie mit dem Leben verschiedener Kulturen ganz selbstverständlich umgehen, wenngleich man bei genauem Hinsehen natürlich auch noch einige Probleme hat. Wir in Deutschland haben eine ganze Zeit lang viele Ausländer, die bei uns waren, immer als Gastarbeiter bezeichnet. Und das Wort zeigt schon an: Vielleicht gehen sie wieder weg. Und erst vor etwa zehn Jahren haben wir begriffen, dass das Menschen sind, die bei uns sind, die Deutsche sind oder für Deutschland sehr, sehr viel leisten. Und deshalb hat sich die Zuwanderungsdebatte, auch die Integrationsdebatte in Deutschland deutlich gewandelt und auch ein Stück weit der amerikanischen angenähert. Wir bieten an, dass auch die, die zu uns kommen, deutsche Staatsbürger sind und dann nicht jedes Mal gefragt werden: Wo kommst du her? Sondern einfach nach dem gefragt werden: Was leistest du für unser Land? Und wie bist du hier zu Hause?

Viele Amerikaner haben das Gefühl, dass die deutsche Außenpolitik keine eindeutige Richtung mehr hat – Stichworte: Libyen und Lastenverteilung in der NATO. Durch die Bundeswehrreform werden sich die militärischen Fähigkeiten verändern. Wie will Deutschland es schaffen, im Weißen Haus und im Pentagon weiter Vertrauen zu genießen?

Ich glaube, dass die Bundeswehrreform ja etwas ist, was man in anderen Ländern schon lange kennt – nämlich, dass wir die Wehrpflicht ausgesetzt haben und auf eine mehr professionalisierte Bundeswehr hinarbeiten. Das, glaube ich, führt dazu, dass Deutschland auf die internationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser reagieren kann. Wir sind zum Beispiel im Afghanistan-Einsatz der drittgrößte Truppensteller. Wir haben eine führende Verantwortung auf dem westlichen Balkan. Und wir haben Tausende von deutschen Soldaten, die in Amerika ausgebildet werden, die in den Stäben der NATO zusammenarbeiten. Und was unsere Ausrüstung angeht, so war es lange so, dass sie noch sehr stark vom Kalten Krieg geprägt war. Und dieser Strukturwandel, den wir jetzt in der Bundeswehr durchführen, der wird für mehr Schlagkraft im Blick auf die internationalen Herausforderungen sorgen, als das bislang der Fall war.

Zum enttäuschenden Ende des Rio+20-Weltgipfels behaupten Kritiker, die Nachhaltigkeitspolitik sei in Deutschland und den USA aufgrund der Eurokrise und den kommenden US-Wahlen von der Tagesordnung verschwunden. Wie können beide Staaten zusammenarbeiten, um die Entwicklung einer grünen Energiepolitik zu gewährleisten? Kann Deutschland den USA ein positives Beispiel sein?

Ich glaube, dass Deutschland – gerade was grüne Technologien angeht – schon ein Beispiel sein kann. Ich weiß, dass die amerikanische Regierung schaut: Wie schaffen wir das eigentlich, unsere Exporte auch so gut zu platzieren in der Welt? Das heißt, wenn man über Exportmöglichkeiten spricht, kann Deutschland auch ein gutes Beispiel sein. Wir sollten sowieso im Technologiebereich mehr zusammenarbeiten. Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, dass wir in den Handelsfragen überhaupt geringere Barrieren haben. Der europäische Markt, der deutsche Markt und der amerikanische Markt – sie gehören gut zusammen; wir haben die gleichen Prinzipien des Wirtschaftens. Ansonsten, was die Umweltpolitik, auch die Klimapolitik angeht, so haben wir schon sehr große Unterschiede. Hier ist Deutschland sehr viel entschlossener, auch bindende Ziele einzuhalten, und hier werden wir noch viel miteinander reden müssen. Aber natürlich in aller Freundschaft.

Wenn es um die transatlantischen Beziehungen geht, richtet sich der Fokus meist darauf, was die USA von Deutschland erwarten. Was jedoch erwartet Deutschland von den USA?

Ich glaube, wir sind froh, dass wir Freunde sind. Wir sind froh, dass wir eng zusammenarbeiten, dass wir die gleichen Grundwerte teilen. Ich habe jetzt keine speziellen Erwartungen. Ich glaube, wir haben noch viel gemeinsam vor. Wir könnten unsere Wirtschaften noch besser entwickeln, mehr Wachstum erzeugen, auch mehr Jobs erzeugen, wenn wir nicht so viele Handelshemmnisse hätten. Und deshalb erfreut es mich, dass wir doch wieder über ein Freihandelsabkommen auch zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika sprechen. Aber ich glaube, dass wir politisch sehr, sehr eng zusammenarbeiten. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Welt. Wir kämpfen gemeinsam für Menschenrechte. Und insofern ist die transatlantische Verständigung, die transatlantische Freundschaft, ein ganz wichtiger Pfeiler deutscher Politik, und das wird auch in der Zukunft so sein.